

Kritik an „Vertreibungspolitik“ gegen Bettler und Alkoholiker

RP
15.11.22

Das Sozialbündnis Krefeld, die Linke-Ratsgruppe und Emmaus e.V. sind gegen die Umsetzung eines Alkohol- und Bettelverbots. Die City sei „Wohnraum für alle“.

VON MAREN KASTER

Alkoholiker und Bettler dürfen über Verbote nicht kriminalisiert oder ausgegrenzt werden. Dafür setzt sich das Sozialbündnis, die Partei Die Linke und der Emmaus-Verein ein. „Die Stadt ist Wohnraum für alle, auch für die ärmsten Mitbürgerinnen und Mitbürgern,“ betont Lothar Wilhelms vom Sozialbündnis Krefeld.

Hintergrund: Das „Stärkungspaket Innenstadt“ beinhaltet unter anderem eine Verschärfung des Alkohol- und Bettelverbots im Stadtzentrum. Die Kritiker sehen in den Verboten eine Ausgrenzung armer, suchtkrank oder anderweitig verelendeter Menschen. Die Linke wird daher im Rat dem „Stärkungspaket“ nicht zustimmen; die Probleme von Obdachlosen und armen Menschen würden dadurch nicht gelöst. Alle drei Institutionen verlangen, dass auch sozial schwachen Menschen Respekt entgegengebracht wird. „Menschen, die von der Krise am härtesten betroffen sind, werden nun auch noch kriminalisiert“, sagt Julia Suermond, Ratsfrau der Linken. Durch Einrichtungen für bedürftige Personen wie einem Tagesaufenthalt könnte Obdachlosen geholfen werden. Auch brauche es noch mehr Streetworker, als im Rahmen des Stärkungspakets geplant.

„Wir von Emmaus sind überrascht von dieser Vertreibungspoli-



Elisabeth Kreul (Emmaus), Lothar Wilhelms (Sozialbündnis), Stephan Hagemes (die Linke) und Julia Suermond (die Linke) (v.l.)

tik. Nach unserer Erfahrung hat es immer bessere Früchte getragen, Bedürftige einzubeziehen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen,“ berichtet Emmaus-Geschäftsführerin Elisabeth Kreul. Hinzu komme, dass nach wie vor große bürokratische Hürden überwunden werden müssten, um eine Wohnung anzumieten. „Man kann von Menschen, die auf der Straße leben, nicht erwarten, dass sie so organisiert agieren wie Menschen, die im sozialen Leben eingebettet sind. Allein Informationen über eine freie Wohnung zu bekommen, ist eine große Herausforderung“, erklärt Julia Suermond.

Die Partner plädieren für eine Gesamtkonzeption ehrenamtlicher Stellen. Keiner behauptet, es gebe keine Probleme, doch die Lö-

sungsansätze seien falsch gewählt. Mit dem Konzept „Obdach“ zur Obdachlosenunterbringung und dem Drogenhilfezentrum gehe die Stadt zwar den richtigen Weg, doch dauere die Umsetzung zu lang. Ein Tagesaufenthalt in der Innenstadt, der auch an Feiertagen und am Wochenende öffne, sei überfällig.

Zusätzlich sollten zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Emmaus e.V. mehr finanzielle Mittel durch die Stadt bereitgestellt werden. „Im Endeffekt liegen die Schwierigkeiten nicht bei Rechtsfragen, sondern vielmehr in Handlungsdefiziten“, sagt Elisabeth Kreul. Auch die Umsetzung des Verbots sei fraglich. Denn wie die Personen, die sich nicht an die angedachten Regelungen halten, bestraft werden sollen, stehe noch nicht fest.